This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Mon Nov 16 11:09:03 2026 / +0000 GMT

Notunterkünfte eine sichere Einnahmequelle

Eine Familie, die mit drei Kindern in einer Notunterkunft, einem ehemaligen Ladengeschäft von 50 m² und jeden Monat den Steuerzahler 2.600,- ? Miete kostet, in Spandau untergebracht ist, hat keine Chance eine preiswerte ausreichend große Wohnung zu bekommen. Die Ämter mauern, der tätige Rechtsanwalt kann die notwendige Hilfe zurzeit nicht geben und das Bemühen, diesen Fall an die Öffentlichkeit zu bringen, scheitert daran, dass die Betreiber der Notunterkunft die Familie von einem Tag zum anderen, jedenfalls nach Aussage dieser Familie, auf die Straße setzen kann. Das bedeuten dann die sofortige Obdachlosigkeit und der Brückenschlafplatz für die Familie.

Das hier die Behörden nicht eingreifen, sondern das Jugendamt, so jedenfalls die Mutter in einem Telefonat, die Kinder wegen Obdachlosigkeit wegnehmen will, zeigt deutlich auf, dass hier Betreiber in Willkür, Unmenschlichkeit und ohne Anstand gegen Bewohner vorgehen, dies sollen sie jedenfalls schon getan haben, sagt die Mutter der Familie. Es ist nicht nur ein Skandal, sondern eine Schande, dass das Bezirksamt von Spandau nicht in der Lage ist, dieser Familie zu helfen, obwohl die Kinder hier zur Schule oder in die Kita gehen. Die Eltern gehen einer Arbeit nach und zahlen jetzt einen Eigenanteil von 800,- ? für die Unterkunft. Angst und Druck beherrschen unsere Gesellschaft auch ausgelöst durch geldgierige Unternehmen, die mit dem Leid der Menschen ihr Kapital mehren. Unser Präsident schämt sich dafür, dass eine solche Notsituation in unserem Bezirk überhaupt möglich ist. Wie wollen Politiker, die nicht einmal einer Familie helfen können, das ganze Flüchtlingsproblem anpacken und bewältigen? Wir möchten den betroffenen Behörden ein Zitat von Willy Brandt entgegenhalten: **?Solidarität ist etwas anderes als Gefühlsduselei.?**